

Antrag an die SVV im August 2021

Bernau, den 22.07.2021

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Gemeinsam gegen Antisemitismus

Beschlussvorschlag

1. Die Stadtverordnetenversammlung Bernau bekennt sich zu den Zielen und Grundsätzen der Initiative „Mayors United Against Antisemitism“ („Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Gemeinsam gegen Antisemitismus“) des American Jewish Committee – Berlin Ramer Institute.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, der Initiative beizutreten.

Inhalt und Begründung

Die Stadt Bernau bekennt sich zu einem vielfältigen, toleranten und demokratischen Miteinander. Hierzu gehört auch die konsequente Ablehnung von Antisemitismus. Dieser tritt in verschiedenen, mitunter auch versteckten Formen auf. Dabei ist in den letzten Jahren weltweit, aber laut Polizei und Verfassungsschutzbehörden auch in Deutschland und Brandenburg, ein Anstieg antisemitischer Straftaten zu verzeichnen. Dabei kommt kruden Verschwörungstheorien eine besondere Rolle zu. Diese haben laut wissenschaftlichen Analysen und Erkenntnissen regelmäßig einen antisemitischen Kern (Studie „Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus Deutschland“, Amadeu-Antonio-Stiftung, November 2020). Dieser Entwicklung gilt es, entgegenzutreten. Denn derartige Angriffe auf jüdische Mitbürger sind regelmäßig auch ein Angriff auf gewachsene demokratische Strukturen. Gerade in Bernau mit einer sehr aktiven jüdischen Gemeinde braucht es die Solidarität der politischen Akteure.

Grundlage für ein friedliches Zusammenleben ist die Anerkennung kultureller und religiöser Vielfalt. Dabei kommt schon aus historischer Verantwortung der Unterstützung und Stärkung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur eine besondere Bedeutung zu. Dagegen gerichtete Aktivitäten, sei es in Wort oder Tat, sind zu verurteilen und gesellschaftlich zu ächten. Deswegen ist eine besondere Sensibilisierung gegen Verharmlosungen antisemitischer Taten und Ausgrenzungstendenzen gegen jüdische Mitbürger geboten.

Im Juni 2021 hat daher das American Jewish Committee eine Neuauflage der Initiative „Mayors United Against Antisemitism“ („Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Gemeinsam gegen Antisemitismus“) gestartet. Diese soll weltweit Solidarität mit jüdischen Menschen und eine

möglichst breite Basis in der Ablehnung von Antisemitismus dokumentieren. Dabei wird durch die wachsende Zahl an Bürgermeistern, die die Initiative unterzeichnen, die tiefe gesellschaftliche Verankerung unmittelbar vor Ort dokumentiert. In Deutschland hat das AJC – Berlin Ramer Institute diese Initiative verbreitet, sodass sich mittlerweile zahlreiche Bürgermeister aus Deutschland und auch Brandenburg angeschlossen haben.

Es wäre ein wichtiges Zeichen, wenn auch Bernau als eine der größeren Städte Brandenburgs dieser Initiative beitrifft. Hierzu ist es erforderlich, dass sich die Stadtverordnetenversammlung mit möglichst großer Geschlossenheit zu den Zielen und Idealen dieser Initiative bekennt und der Bürgermeister dies durch den formellen Beitritt dokumentiert.

Hierdurch kann die Stadt Bernau ein Zeichen setzen, dass die Ziele der Initiative auch hier unmissverständlich geteilt werden und damit die Bemühungen um den Einsatz gegen Antisemitismus stärken.

Finanzielle Auswirkungen

Nein.

Beratungsfolge

SVV

Péter Vida

Thomas Strese